67. Jahrgang Nr. 287

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Freitag, 27. Juni 1919

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. **Abonnementspreis** in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt **40 Pf. wöchentl.** oder M. 1,75 **monatl.** Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,75 u. vierteljährlich M 5,25. **Insertionspreis** die Zeile M. 1.– mit 50% Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche M. 1.– mit 40% Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 75 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 25 Pf., das fettgedruckte Wort 50 Pf. mit 60% Zuschlag. – Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. – Redakt. u. Haupt-Exp.: SW, Jerusalemer Str. 48-49. Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
— Chefredakteur: Otto Buschke. —

Filialen: Nordost: Königsberg Str. 7–8, Wiesner Str. 1–4, Prenzl. Allee 208, Prenzl. Allee 86, gr. Frankf. Str. 130, Greifswald. Str. 197, Schönh. Allee 84, Schönhauser Allee 1, Weißensee 13, Hohenschönh. 8, Wildenberg, Mecklenburgische Str. 5, Turmstr. 61, Potsd. Str. 88, Lützowufer 28, Kurfürstendamm 68, Pflugbeil, Ch. Charlottenb., Tiergartenstr. 1, Kaiserallee 24, Schlangenbad 23, Wilmersdorf 12, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 18, Steglitz: Grunewald, Bahnhofstr. 47, Lichterfelde: Wilh. Carlstr. 1, Schöneberg: Hauptstr. 41, Hermannstr. 46-48, Pankow: Berliner Str. 1, Reinickendorf: Berliner Str. 70, Hohenschönhausen: Hauptstr. 35-37, Marzahn: Allee 35, Spandau: Altstadt, Neustadt, Berliner Str. 17, Charlottenb.: Berliner Str. 147, Wilmersdorf: Uhlandstr. 36, Kaiserdamm 19, Brandenburg: Hauptstr. 4, Oberspree: Reinickendorf 1, Friedrichsfelde: Dorfstr. 2, Lichtenberg: Frankfurter Allee 14, Rummelsburg: Wrangelstr. 2, Pankow: Brandenburgerstr. 29, Spandau: Breite Str. 40, Steglitz: Schloßstr. 6

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Verhaftung des Berliner Vollzugsrats.

Das Telephongespräch mit Hamburg. — Sämtliche Verhaftete wieder freigelassen.

Am gestrigen Donnerstag nachmittag ist der **Berliner Vollzugsrat** in seinem Geschäftsgebäude In den Zelten 23. von Truppen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division **aufgehoben** und **neun seiner Mitglieder verhaftet** worden. Wir erfahren darüber folgendes:

Am gestrigen Donnerstag nachmittag um 5 Uhr erschienen Truppen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in einem Lastauto vor dem Gebäude des Berliner Vollzugsrates. Die Mannschaften besetzten das Gebäude und die Telephonzentrale und drangen dann in die Geschäftszimmer ein, wo sie zunächst die Mitglieder des Vollzugsrates Büchel, Hase, Neuendorf, verhafteten. Das Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion, Büchel, fragte den Offizier nach dem Befehl, worauf der Oberleutnant einen von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ausgestellten, jedoch nicht vom Reichswehrminister unterzeichneten Befehl zeigte, der lautete: **Der Vollzugsrat ist aufzuheben, die Mitglieder zu verhaften und zum Reichsministerium zu schaffen.** Ferner wurden die **Mehrheitssozialisten** Canow, Brolat und Hager, die **Unabhängigen** Wegmann, Malzahn und Stolt **verhaftet.** Die zuerst Verhafteten wurden in das Reichswehrministerium in der Bendlerstraße gebracht und dort von Hauptmann Kaul verhört. Auf die Frage, welcher Partei sie angehörten, erklärten die Festgenommenen, daß sie Mehrheitssozialisten seien. Daraufhin ordnete Hauptmann Kaul die sofortige Enthaftung an, da nur unabhängige und kommunistische Mitglieder des Vollzugsrates festzunehmen seien. Infolgedessen wurden später auch Canow, Brolat und Hager aus der Haft entlassen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Vollzugsrates wandten sich sofort an den Reichswehrminister und überreichten ihm folgenden Protest:

„Am heutigen Tage zwischen 5 und 6 Uhr hat ein Kommando der Gardekavallerieschützendivision laut Befehl den Vollzugsratausgehoben. Die Mitglieder der U. S. P. sind in Haft gehalten worden. Wir protestieren gegen diese Verhaftung und verlangen die sofortige Freilassung sowie die Durchsuchung der Geschäftsräume des Vollzugsrates. Die Verhaftung bedeutet eine Herausforderung der Berliner Arbeiterschaft.

gez. Hase, Büchel, Hager, Canow, Brolat."

Die verhafteten unabhängigen Mitglieder des Vollzugsrates Wegmann, Malzahn und Stolt wurden vom Reichswehrministerium nach Moabit überführt, wo sie in Schutzhaft verbleiben. Das Zimmer des Vorsitzenden der U. S. P., Richard Müller, wurde von Kriminalbeamten durchsucht und Akten beschlagnahmt.

Die Gründe für die Verhaftung des Vollzugsrates.

Halbamtlich wird dazu mitgeteilt:

Im Verlaufe der letzten Nacht ist festgestellt worden, daß zwischen den Leitern des Hamburger Aufruhrs und den Mitgliedern des Berliner Vollzugsrates eine Verbindung hergestellt war. Von Hamburg aus ist nach Berlin die Mitteilung gelangt, daß gehofft werde, jetzt von Hamburg aus die zweite Revolution über das ganze Reich heute einzuleiten. Darauf ist von Berlin aus, aus dem Hause des Vollzugsrates, geantwortet worden: „Bravo!" und angekündigt worden: Wir werden sehen, daß wir noch heute abend Vertreter absenden. Es steht weiter fest, daß von Hamburg nach Berlin die Mitteilung gegeben wurde, und zwar wieder nach dem Amtslokal des Vollzugsrates, daß in Hamburg eine großzügige Bewaffnung des Proletariats durchgeführt werden solle, um Hamburg in einen Verteidigungszustand zu setzen, der es ermöglicht, einen großzügigen Kampf gegen die Truppen durchzuführen, die von der Regierung gegen Hamburg eingesetzt worden sind. Es war selbstverständliche Pflicht der zuständigen Stellen, derartige Bestrebungen, die zur Folge haben könnten, daß unübersehbares Unheil über die Stadt hereinbricht, im Keime zu ersticken. Deswegen ist der Befehl gegeben worden, die kommunistischen und unabhängigen Mitglieder des Vollzugsrates zu sistieren und in den Geschäftsräumen des Vollzugsrates Haussuchung zu halten. Da festgestellt worden ist, daß keiner der Sistierten das fragliche Telephongespräch mit Hamburg geführt hat, wurden alle Sistierten vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

*

Wenn das Gespräch mit Hamburg von einer Person geführt wurde, die nicht Mitglied des Vollzugsrates war, dann ist die Verhaftung der Vollzugsratsmitglieder um so unverständlicher. Das Vorgehen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division erscheint uns außerordentlich gefährlich. Es gießt Oel in das schwelende Feuer.

Die Regierungstruppen vor Hamburg.

Erklärungen des Hamburger Kommandanten.

Hamburg, 26. Juni.

Nach dem gestern getroffenen **Abkommen** zwischen der Arbeiterschaft und dem Kommandeur der in Wandsbek eingetroffenen Reichswehrtruppen wird, wie der Kommandant von Groß-Hamburg Lampl mitteilt, **die politische Gewalt nach wie vor von Senat und Bürgerschaft und die vollziehende Gewalt gemäß dem Belagerungszustand durch ihn ausgeübt.** Als das Mittagsblatt des „Hamburgischen Korrespondenten" eine Bekanntmachung des Kommandanten, daß er die Geschäfte weiter führe, und daß die Volkswehr nicht entwaffnet werden dürfe, veröffentlichte, drangen Bewaffnete in die Druckerei ein, um unter Drohungen mit dem Revolver das Redaktionspersonal zu verhaften. Der anwesende Chefredakteur Nagel und der politische Redakteur Schumann des „Hamburgischen Korrespondenten" wurden zum Rathause vor die dort tagende 6er-Kommission geführt. Nach ihren Erklärungen, daß der Aufruf ihnen einwandfrei durch den Kommandanten Lampl zugestellt worden sei, wurden sie wieder entlassen.

Eine weitere Bekanntmachung des Kommandanten Lampl besagt, daß **die in Wandsbek-Altona und Umgebung befindlichen Reichswehrtruppen zum Schutze des Lebens und Eigentums der Einwohnerschaft von Groß-Hamburg eingetroffen** seien. Der Führer der Reichswehrtruppen, Oberst **v. Werder,** hat erklärt, daß eine Entwaffnung der durch die Regierungen von Groß-Hamburg-Altona und Wandsbek gegründeten Einwohnerwehren **einem Bruch des gestern abend getroffenen Abkommens gleichkommen** würde, und ferner, daß eine Beschränkung der Pressefreiheit, besonders Beschlagnahme von Bekanntmachungen oder Verhinderung der Verteilung von Zeitungen, einen Bruch des Abkommens bedeuten würde.

Die Volkswehr hat erklärt, daß sie gegebenenfalls gegen die Regierungstruppen nicht schießen werde.

Neue Aktion des englischen Arbeiterdreibunds.

Der Beschluß von Southport.

Haag, 26. Juni.

Die Vertretung des Dreiverbandes der Berg-, Eisenbahn- und Transportarbeiter beschloß in einer Konferenz in Southport, **für den 28. Juni nach London eine Plenarkonferenz einzuberufen, um zu beschließen, welche Aktionen einzuleiten seien, um die Regierung zur Bewilligung der Forderungen der Arbeiter zu zwingen. Auf dem Programm der Arbeiter stehen folgende Forderungen:**

Abschaffung des Dienstpflichtgesetzes, Zurückziehung der Truppen aus Rußland, Aufhebung der Blockade und Aenderung derjenigen Bestimmungen des Friedensvertrages, die mit den Waffenstillstandsbedingungen im Widerspruch stehen.

Die Unterzeichnungsdelegierten.

Hermann Müller und Dr. Bell.

Berlin, 26. Juni. (W. T. B.)

Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell haben sich auf einmütiges Ersuchen der Reichsregierung entschlossen, als Bevollmächtigte in Versailles den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sie haben geglaubt, unter dem furchtbaren Druck der Volksnot und dem unbedingten Bedürfnis, endlich zum Frieden zu kommen, sich diesem letzten und persönlich schwersten Opfer nicht entziehen zu können.

*

Es hat lange gedauert, bis die Männer herausgefunden wurden, die ihre Namen unter das Schanddokument von Versailles zu setzen bereit sind. Die Hergabe der Unterschrift stellt für die beiden Männer in der Tat ein persönlich schweres Opfer dar. Das Volk, das den Frieden gebraucht, um wieder vorwärts zu kommen, wird ihnen diese Tat jedoch danken. Die Tatsache, daß die Entente mit einem Ultimatum die beschleunigte Ernennung der Delegierten gefordert hat, kennzeichnet den Versailler Frieden noch einmal als ein Meisterstück der Erpressung.

Unterzeichnung am Sonnabend.

Versailles, 26. Juni.

Der Oberste Rat der Alliierten hat, einer Meldung des „Temps" zufolge, beschlossen, die **Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Sonnabend, den 28. Juni, 3 Uhr nachmittags,** festzusetzen. Die Vollmacht der deutschen Delegation wird Sonnabend vormittag geprüft werden. Wie der „Temps" meldet, ist es wenig wahrscheinlich, daß Poincaré der Unterzeichnung des Friedensvertrages beiwohnen wird. Die Regierung hat beschlossen, eine Siegesfeier am 14. Juli, anläßlich des Nationalfestes, abzuhalten.

Das Schicksal Hamburgs.

Es muß verhandelt werden!

Nach der in Regierungskreisen vorherrschenden Auffassung sollte es sich bei dem Umsturz in Hamburg um den Auftakt zu einem großen linksrevolutionären Putsch handeln. Die Reichsleitung hatte gestern bereits Truppen unter der Führung des Generals Lettow-Vorbeck nach Hamburg dirigiert. Wie verlautet, soll der General die Weisung erhalten haben, sich mit den Aufständischen nur in Verhandlungen wegen der Uebergabe der Stadt einzulassen. Wenn es den Betriebsräten der drei sozialdemokratischen Parteien von Hamburg wirklich nur darum zu tun gewesen ist, wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, dann sollte es leicht möglich sein, eine Verständigung über die Rückgabe der Stadt zu erzielen. Wir wünschen auf jeden Fall, daß die Krise unblutig geklärt werde, und möchten daher der Reichsregierung raten, dem Führer der gegen Hamburg operierenden Truppen nicht zu engherzige Vollmachten für die Verhandlungen zu geben. Es muß vermieden werden, daß Hamburg von einem Bürgerkrieg Münchener Musters ereilt wird. Dieses Ziel muß und kann durch eine Verständigung erreicht werden. Wir haben aus den bisherigen Revolutionskämpfen gelernt, daß die Waffe nicht immer die letzte Möglichkeit zur Schlichtung der Differenzen gewesen ist, und wünschen nicht, daß Herr Lettow-Vorbeck Hamburg gegenüber nur als Militär handelt. Die Frage, ob von der Reichsleitung nicht ein Regierungsvertreter zur Schlichtung der Streitigkeiten hat entsendet werden können, wird zwar unbeantwortet bleiben, wir halten es aber für zweckmäßig, bei dieser Gelegenheit zu sagen, daß uns ein Militär nicht gerade besonders gut geeignet erscheint, in so kritischen Tagen mit der sehr schwierig zu behandelnden Arbeiterschaft einer Großstadt auf friedliche Art ins Reine zu kommen.

Aber auch Herr Noske hat es verstanden, die Sprache zu sprechen, die mit Arbeitern geredet werden muß. Das geht aus dem nachstehenden Bericht hervor, den der Wehrminister für das Reichsgebiet erlassen hat:

„Die Aufstände in Hamburg, die Wühlereien und schweren Streikausschreitungen in Berlin und anderen Orten veranlassen mich zu folgendem Befehl:

1. Aufstände sind mit allen Mitteln schnellstens niederzuschlagen, wenn nötig, unter rücksichtsloser Anwendung von Waffengewalt.

2. Bei Streiks in gemeinnützigen Betrieben, deren Fortführung für die Allgemeinheit lebensnotwendig ist, kann mit militärischen Machtmitteln der Betrieb aufrechterhalten werden. Die Freiheit zur Arbeit ist überall zu schützen.

3. Bei Streiks auf Eisenbahnen ist die Durchführung der notwendigen Transporte nötigenfalls unter Anwendung von Waffengewalt zu erzwingen.

Ich behalte mir vor, gegen Aufständische das verschärfte Standrecht zu verhängen. Noske."

Wir sind die Ersten, die die Notwendigkeit einer ruhigen Entwicklung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens über alles stellen, wir haben immer wieder und wieder die schweren Gefahren politischer und unsinniger wirtschaftlicher Streiks bekämpft und meinen, nach wie vor, daß wir nur durch rastlose, stete Arbeit aus diesem Jammertal wieder herauskommen können. So, wie Herr Noske Auswüchsen zu Leibe geht, darf man es aber nicht machen! Es geht auf eine weniger holzhackermäßige Art und Weise ganz gewiß viel besser, wobei wir die Frage noch ununtersucht lassen, ob Herr Noske sich vielleicht auch einmal etwas genauer über die durch schamlose Wucherei zum höchsten getriebene wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung den Kopf zerbrochen hat. Wir verurteilen alle Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen, gleichviel, von wem sie begangen werden, halten es aber für unsere Pflicht, auch einmal etwas genauer nach den Motiven der Unruhen zu fragen.

Wir betrachten es auch noch nicht als ausgemacht, daß die Unruhen in Hamburg nur aus dem Grunde angezettelt worden sind, um einen politischen Umsturz herbeizuführen. In diesem Falle hätten die Mehrheitssozialisten sich kaum an den von den Betriebsräten getroffenen Maßnahmen beteiligt. Die von verschiedenen Seiten ausgesprochene Vermutung, daß die Unabhängigen mit größeren Zielen hinter den Vorgängen stecken würden, entkräftet eine Erklärung der Parteileitung der U. S. P., die telegraphisch der Reichsregierung übermittelt worden ist und in der es heißt:

„Die organisierten Arbeiter haben nach dem Beschluß der Regierung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, den festen Willen bekundet, von einem Generalstreik Abstand zu nehmen. Die Lebensmittelkrawalle, die in verschiedenen Städten spontan aus Hunger und aus Empörung über Lebensmittelwucher und -verfälschung ausgebrochen sind, haben keinen Zusammenhang mit irgendeiner organisierten Arbeiterpartei. Bestimmte Anzeichen sprechen dafür, daß jene Akte der Empörung zum Teil von reaktionärer Seite zu Provokationszwecken ausgenutzt werden. Nach sämtlichen, auch offiziellen Berichten aus Hamburg, haben die Arbeiter aller sozialistischen Parteien, die die Leitung der Verwaltung in die Hand genommen haben, alle Ordnung hergestellt und namentlich gegen Plünderungen scharf Stellung genommen. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordert die Regierung im Hinblick auf die große Gefahr auf, den Vormarsch der Truppen nach Hamburg einzustellen, in Verhandlungen mit den organisierten Arbeitern in Hamburg einzutreten und im Einvernehmen mit ihnen die Verhältnisse dort zu regeln."